



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale
des Syndicats de Police

Landesbezirk Hessen

Gewerkschaft der Polizei · Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a · 65183 Wiesbaden

**An die
Fraktionen des
Hessischen Landtags**

Landesbezirksvorstand

Wilhelmstraße 60 a
65183 Wiesbaden
Telefon: 06 11 / 9 92 27-0 Durchwahl: _____
Telefax: 06 11 / 9 92 27 27
E-mail: GdPHessen@t-online.de
www.gdp.de/hessen

Bankverbindungen:

Wiesbadener Volksbank Konto-Nr. 6 784 003 (BLZ 510 900 00)	Postbank Frankfurt/Main Konto-Nr. 26 509-604 (BLZ 500 100 60)
PSD-Bank Konto-Nr. 6 278 558 600 (BLZ 500 909 00)	SEB Konto-Nr. 1 022 011 100 (BLZ 510 101 11)

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

JBr/bks

08.04. 2008

Offener Brief an die Fraktionen des Hessischen Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen – wendet sich mit diesem offenen Brief an Sie und bittet um ihre Unterstützung bzw. Initiative.

Sicherlich ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass die Polizeibesetzten des Landes Hessen in den vergangenen Jahren zur Sanierung des Haushaltes des Landes Hessen deutliche Einkommensverluste zu tragen hatten. Darüber hinaus mussten von der Polizei im Zuge der „Operation Sichere Zukunft“ nahezu 1000 Stellen eingespart werden bzw. werden noch in diesem Jahr eingespart.

Wie Ihnen ebenfalls bekannt ist, wurde im Jahre 2004 die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten altersabhängig um bis zu 3,5 Stunden auf 42 Wochenstunden erhöht. Eine spürbar eingeschränkte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie deutliche Reduzierung der Erholungsphasen beklagen viele Kolleginnen und Kollegen, gerade im Schichtdienst.

Der Austritt Hessens aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die völlig unzureichenden Zuwächse aus den Besoldungs- und Tarifiedikten des letzten Jahres bedeuten einen immensen Reallohnverlust bei gleichzeitiger Arbeitsverdichtung. Die aktuelle Tarifrunde im Bund und den Kommunen macht deutlich, dass unter Mitwirkung der GdP auch ordentliche Tarifabschlüsse möglich sind. Eine spürbare Einkommensverbesserung in den kommenden zwei Jahren von rund 8 Prozent und eine moderate Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 39 Wochenstunden ist nicht nur ein akzeptables Ergebnis, sondern auch eine Basis für die anstehenden Verhandlungen in den Bundesländern. Die Übertragung der Einkommensverbesserungen auf die Beamtinnen und Beamten ist bewährte Praxis.

Die Landesregierung hat mit der restriktiven Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes Mitbestimmungsrechte der Polizeibesetzten und den Handlungsrahmen der Personalräte derart beschnitten, dass Hessen bundesweit den unrühmlichen letzten Tabellenplatz einnimmt. Dies gilt auch für das personalrätliche Betreuungsverhältnis! Für die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben stehen für über 18.000 Kolleginnen und Kollegen nur 11 örtliche Personalräte und Hauptpersonalrat zur Verfügung.

Die personalrätliche Praxis bei der Polizei hat deutlich gemacht, dass eine orts- und zeitnahe Vertretung der Interessen der Beschäftigten nicht gewährleistet ist. Wir regen an, die Personalrätestruktur im HPVG in diesem Sinne zu verbessern, da die Entfernungen innerhalb der Präsidien recht hoch sind und bis zu 100 km, bei der Bereitschaftspolizei sogar bis zu 200 km betragen.

Die Gewerkschaft der Polizei appelliert an Sie als Fraktion des Hessischen Landtages, ihren Einfluss geltend zu machen, damit auch für die hessischen Polizeibesetzten ein angemessener Tarifabschluss auf der Grundlage des kürzlich erzielten Abschlusses für Bund / Kommunen zustande kommt. Dies gilt gleichermaßen für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, die zeitnah für die Beamtinnen und Beamte umgesetzt werden könnte. Adäquate Mitbestimmungsrechte und ordentliche Rahmenbedingungen für eine funktionierende personalrätliche Betreuung gehören zu den Grundpfeilern einer demokratischen Polizei.

Verbunden mit dem Dank für Ihr Engagement, sich für unsere Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, erwarten wir einen konstruktiven Dialog.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Bruchmüller
Landesvorsitzender